

Pflegechef: „Wir gehen massiv auf eine Unterversorgung zu“

Die Impfpflicht in einer Branche, die seit Jahren unter Personalmangel leidet, sieht Benjamin Brambor kritisch. Mittelsachsens Landrat Matthias Damm wartet derzeit noch ab.

VON CATHRIN REICHELT
UND ELKE GÖRLITZ



Die Gesundheitsämter der Landkreise müssen bald entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen ungeimpftes Pflegepersonal weiterarbeiten darf. Das Landratsamt Mittelsachsen hält sich mit konkreten Aussagen noch zurück.

Symbolfoto: dpa

Die gesetzlich vorgeschriebene Impfpflicht für Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in der Pflege sorgt für heftige Diskussion und bei vielen Betroffenen für Verunsicherung. Die Fragen, die überall im Raum stehen: Wie geht es persönlich weiter? Und ist die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen noch gesichert, sollten Einrichtungen Mitarbeiter tatsächlich ab dem 15. März nach Hause schicken müssen?

„Uns rettet unsere Struktur. Wir sind flexibler als ein Pflegeheim“, erklärt Benjamin Brambor vom gleichnamigen Pflegedienst. Der betreibt nicht nur eine mobile Pflege, sondern auch eine Kurzzeitpflegeeinrichtung und mehrere betreute Wohnen. In diesem gibt es seit der großen Corona-Welle im vergangenen Jahr sogar freie Plätze. Das sei zuvor noch nie passiert. Im krassen Fall – also wenn ungeimpfte Mitarbeiter nicht weiter arbeiten dürften – müsse der Pflegedienst jedoch im ambulanten Bereich Patientenversorgungen abgeben.

Aber aus derzeitiger Sicht werde es so weiter nicht kommen, meint Brambor. Von den knapp 180 Mitarbeitern seien etwa zehn bis 15 nicht geimpft. Dabei gebe es Abteilungen, in denen die Quote der Ungeimpften hoch sei und andere Abteilungen, in denen alle Mitarbeiter geimpft seien.

Überzeugen, aber ohne Druck

Die genaue Zahl der Ungeimpften werde in den nächsten Tagen die Auswertung einer internen Abfrage ergeben. Mit dieser sei den Mitarbeitern zudem Fachliteratur übergeben und ein individuelles Gespräch angeboten worden. „Das haben auch schon einige genutzt“, sagt Benjamin Brambor. Er gehe davon aus, dass sich der eine oder andere Mitarbeiter noch vom Impfen überzeugen lassen werde, „aber ohne Druck“, betont Brambor. Er verstehe, dass gewisse Vorbehalte und Ängste bestehen. Diese könnten aber mit Aufklärung und Bera-

tung abgebaut werden.

Benjamin Brambor sieht jedoch nicht nur aufgrund des jetzt inkrafttretenden Gesetzes Probleme auf das Gesundheitswesen und die Pflegeeinrichtungen zukommen. „Die Leute, die sich jetzt nicht auf freie Stellen bewerben und die Jugendlichen, die jetzt keine Ausbildung beginnen, verschärfen die Situation künftig“, meint er.

Ohnehin plädiere er für eine allgemeine Impfpflicht. Denn es sei nicht nachvollziehbar, dass diese gerade für eine Branche gelten soll, in der schon seit Jahren ein Personalmangel herrscht. Weshalb bestehe diese Pflicht beispielsweise nicht auch für Lehrer, Erzieher und Physiotherapeuten, die ebenfalls viel Kontakt zu Menschen teilweise gefährdeter Gruppen haben?, fragt er.

„Wir gehen massiv auf eine Unterversorgung zu. Das ist vielen noch nicht bewusst“, meint Benjamin Brambor. Aber er werde jetzt die nötige Zuarbeit für das Ge-

sundheitsamt leisten. Das muss dann die weiteren Entscheidungen treffen.

Landrat fährt auf Sicht

Laut Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) soll es am 11. Februar den sächsischen Erlass zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht geben. So lange wird der mittelsächsische Landrat Matthias Damm (CDU) mit seiner Behörde wohl auf Sicht fahren.

Denn er erklärte: „An dieser Stelle sehe ich den Bünd in der Pflicht, den Rahmen vorzugeben. Er herrscht eine große Verunsicherung in den Unternehmen, bei den engagierten Beschäftigten und Angehörigen.“

Es sei wichtig, erst zu kommunizieren, wenn alles feststehe. „Informationen, die revidiert werden müssen, sorgen für noch größere Verunsicherung“, heißt es in einer Mitteilung aus Freiberg.

Das war in Bautzen passiert: Bei einer

Demonstration am vergangenen Montag hatte der Vize-Landrat Udo Witschas verkündet: Das ihm unterstehende Gesundheitsamt werde „unseren Mitarbeitern im Landkreis Bautzen im Pflege- und medizinischen Bereich kein Berufsverbot ... Betretungsverbot“ aussprechen. Tags darauf rüdete das Bautzener Landratsamt zurück.

Wohl deshalb ist Mittelsachsens Landrat mit Informationen noch zurückhaltender als ohnehin. So lässt er mitteilen, die Behörde bereite sich organisatorisch auf das neue Gesetz vor. Wenn der Rahmen feststehe, werde der Landkreis umfassend dazu informieren.

Man werde sich mit dieser Thematik sehr verantwortungsbewusst auseinandersetzen, mit einer hohen Sensibilität für die jeweiligen Belange beziehungsweise Interessen. „Die Versorgungssicherheit steht bei uns im Fokus, sie muss immer gewährleistet sein“, erklärt Matthias Damm abschließend.